

**Stefan Köhler
Klaus J. Beckmann**

**Wanderungsverhalten junger Ausbildungsabsolventen
in abwanderungsgefährdeten Räumen Baden-Württembergs**

Gliederung	Seite
1. Problemzusammenhang	58
2. Stand der Forschung und Untersuchungshypothesen – Ausgewählte Hinweise	59
3. Wanderungsgeschehen in den Kreisen und Gemeinden Baden-Württembergs – Auswahl abwanderungsgefährdeter Untersuchungsgemeinden	61
4. Ausbildungs- und Berufswahlverhalten, Wanderungsverhalten und Ursachen einer Abwanderung junger Ausbildungs- absolventen – Ergebnisse von Primärerhebungen	67
5. Schlußfolgerungen – Handlungshinweise für Regional-, Landes- und Infrastrukturplanung	73
Anmerkungen	78
Literaturverzeichnis	78

1. Problemzusammenhang

Chancen und Probleme der zukünftigen Entwicklung peripher gelegener, ländlicher Räume hängen in starkem Maße von dem innerhalb einer Region vorhandenen Angebot an jungen, qualifizierten Arbeitskräften ab. Da der Faktor 'Humankapital' im wirtschaftlichen Wettbewerb in den vergangenen Jahren gegenüber der Ausstattung mit 'Sachkapital' an Bedeutung gewonnen hat, ist davon auszugehen, daß bei einer Abwanderung von Jugendlichen aus dem ländlichen Raum die Entwicklungsspielräume dieser Regionen (weiterhin) eingeschränkt werden bzw. eingeschränkt bleiben. Dies trifft vor allem dann zu, wenn die Abwanderung selektiv ist, z.B. überwiegend höher qualifizierte Jugendliche betrifft. Sofern nicht zu späteren Zeitpunkten - beispielsweise nach einer Berufsausbildung - eine Rückwanderung erfolgt oder es zu einem annähernd ausgeglichenen Saldo durch die Zuwanderung anderer Bevölkerungsgruppen gleichen Alters kommt, gehen mit einer selektiven Abwanderung neben einer Schwächung des ökonomischen Entwicklungspotentials auch ein Verlust an Fortpflanzungspotential sowie Veränderungen in der alters- und sozialstrukturellen Bevölkerungszusammensetzung einher. Hieraus wiederum können unerwünschte Folgewirkungen für das Infrastrukturdargebot und dessen Inanspruchnahme sowie für das Siedlungsgefüge in seiner Gesamtheit entstehen.

Wanderungsvorgänge verschiedenster Bevölkerungsgruppen - insbesondere auch von Jugendlichen - sind jedoch nicht von vornherein als negativ für die Entwicklung von Regionen anzusehen. Sofern Wanderungen nicht mit hohen negativen Salden verbunden sind, gewährleisten sie einen Bevölkerungsaustausch und können für Jugendliche durch das Kennenlernen neuer Arbeitstechniken, Arbeitsinhalte, Lebensformen oder 'Lebensstile' eine Erweiterung ihres Erfahrungsschatzes bzw. - ganz allgemein - eine 'Horizontenerweiterung' bedeuten. Sie sind deshalb nur dann als kritisch zu bewerten, wenn sie aufgrund unzureichender bzw. ungünstiger Ausbildungs-, Arbeitsplatz-, Wohnungs- oder sonstiger Lebensbedingungen einen - zumindest partiellen - 'Zwangskarakter' haben und zu einer Entleerung oder zu einem sozialen Erosionsprozeß im ländlichen Raum führen.

Soll eine Schwächung der Entwicklungschancen des ländlichen Raums durch eine Abwanderung Jugendlicher nicht bewußt, wie beispielsweise im Zuge einer 'passiven Sanierung', hingenommen werden, sondern soll statt dessen dieser Schwächung durch die Entwicklung geeigneter Handlungskonzepte begegnet werden, so sind Kenntnisse über den zahlenmäßigen Umfang von Wanderungen, die Zusammensetzung der Wandernden nach Geschlecht, Nationalität etc. sowie über die Richtungen, Distanzen und Ursachen von Wanderungen, Voraussetzungen für die Konzeption begründeter politischer und planerischer Handlungsstrategien. Diesen Fragestellungen ging eine vom Innenministerium Baden-Württemberg geförderte Untersuchung zum Wanderungsverhalten junger Ausbildungsabsolventen in abwanderungsgefährdeten Regionen des Landes Baden-Württemberg nach (1). Nachfolgend werden ausgewählte Ergebnisse dieser Untersuchung referiert.

Die Bearbeitung dieser Studie erfolgte in zwei Schritten. In einer ersten Phase wurden mit Hilfe der Analyse diverser Datenquellen abwanderungsgefährdete Regionen identifiziert und aus einer ausgewählten Region dann mehrere Gemeinden als Untersuchungsgemeinden selektiert. In diesen Gemeinden wurden in einer zweiten Untersuchungsphase in Form einer Piloterhebung ausgewählte Kollektive von Haupt- und Realschulabsolventen,

Berufsschulabsolventen und jungen Erwerbstätigen zu Wanderungsvorgängen und zu den für oder gegen eine Wanderung sprechenden Gründen sowie zum Ausbildungswahlverhalten, Berufswahlverhalten und zum aktionsräumlichen Verhalten befragt. Die Untersuchung richtete sich dabei schwerpunktmäßig auf diejenigen Jugendlichen, die kein Studium aufgenommen hatten und deshalb nicht von vornherein zu einer Abwanderung oder zu einem Tages- oder Wochenpendeln über große Distanzen gezwungen waren.

Die Ergebnisse dieser Befragungen wie auch von Gesprächen mit 'Situationsexperten' (Lehrern, Lokalpolitikern u.a.) bildeten schließlich die Grundlage für eine abschließende Erarbeitung von Handlungsvorschlägen für die Regional-, Landes- und Infrastrukturplanung.

2. Stand der Forschung und Untersuchungshypothesen - Ausgewählte Hinweise

Bisherige Untersuchungen aus den Bereichen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie der (geographischen) Mobilitätsforschung zeigen, daß Jugendliche sehr häufig mit dem Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung (sog. '1. Schwelle') oder mit dem Übergang von der beruflichen Ausbildung in die Erwerbstätigkeit ('2. Schwelle') ihre Wohnstandorte wechseln. Neben ausbildungs- und berufsbedingten Wanderungen erfolgen Umzüge auch zur Gründung einer eigenen Familie oder eines eigenen Haushaltes. Da Jugendliche innerhalb einer zeitlich relativ kurzen Zeitspanne von wenigen Jahren vergleichsweise vielen und einschneidenden Veränderungen im Lebenszyklus unterliegen (Berufsausbildung, Berufseinstieg, Haushaltsgründung, Heirat, Kinder), ist diese Altersgruppe in deutlich höherem Umfang als andere Altersgruppen der Bevölkerung am Wanderungsgeschehen beteiligt (vgl. z.B. Betz 1988; Heinzmann/Heidemann 1985; Wagner 1987). Während Wanderungen aus privaten oder familiären Gründen eher auf das nähere Umfeld ausgerichtet sind, führen Wohnstandortwechsel, die vornehmlich ausbildungs- oder berufsbedingt sind, häufig über größere Distanzen und damit in vielen Fällen aus dem ländlichen Raum in Räume mit Verdichtungsansätzen oder in Verdichtungsräume (vgl. z.B. Dobberkau 1980; Walla 1982; Wilhelm u.a. 1984). Ein weiterer Unterschied zwischen privat-/familiärbedingten und ausbildungsplatz-/berufsbedingten Wanderungen besteht insofern, als erstere überwiegend 'freiwillig', die zweiten vor allem auch aufgrund von Angebots-Nachfrage-Ungleichgewichten auf dem Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt häufig 'erzungen' sind. Wie insbesondere die Ergebnisse von Arbeiten aus dem Bereich der Bildungs- und Berufsforschung zeigen (vgl. z.B. Dieckhoff 1983; Herget u.a. 1987; Karr u.a. 1987; Saterdag 1982; Stegmann/Kraft 1983), ist - trotz der Engpaßsituation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt - ein Wohnstandortwechsel für viele Jugendliche erst die letzte unter verschiedenen Handlungsalternativen, um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu erhalten. Einer Abwanderung werden statt dessen häufig vorgezogen: der Verzicht auf eine Ausbildung im Wunschberuf, der Besuch von einjährigen beruflichen Vollzeitschulen (Berufsgrundbildungs-, Berufsvorbereitungsjahr) als 'Warteschleife', in einigen Fällen sogar der Erwerbsverzicht (insb. Frauen) oder die 'bewußt' in Kauf genommene Arbeitslosigkeit.

Unter Rückgriff auf die Ergebnisse der oben genannten wie auch weiterer empirischer Studien zum Wanderungsverhalten sowie basierend auf allge-

meinen Erkenntnissen aus eher theoretisch ausgerichteten Studien zum Wanderungsverhalten (vgl. z.B. Kottwitz/Vanberg 1971; Langenheder 1968; Lee 1972; Röder 1974) wurde für den weiteren Untersuchungsverlauf ein Thesenkatalog erarbeitet, in dem vor allem Ursachen, Handlungsalternativen, Zielorte und Distanzen von Wanderungen sowie Unterschiede in der Betroffenheit Berücksichtigung fanden (vgl. hierzu Abbildung 1).

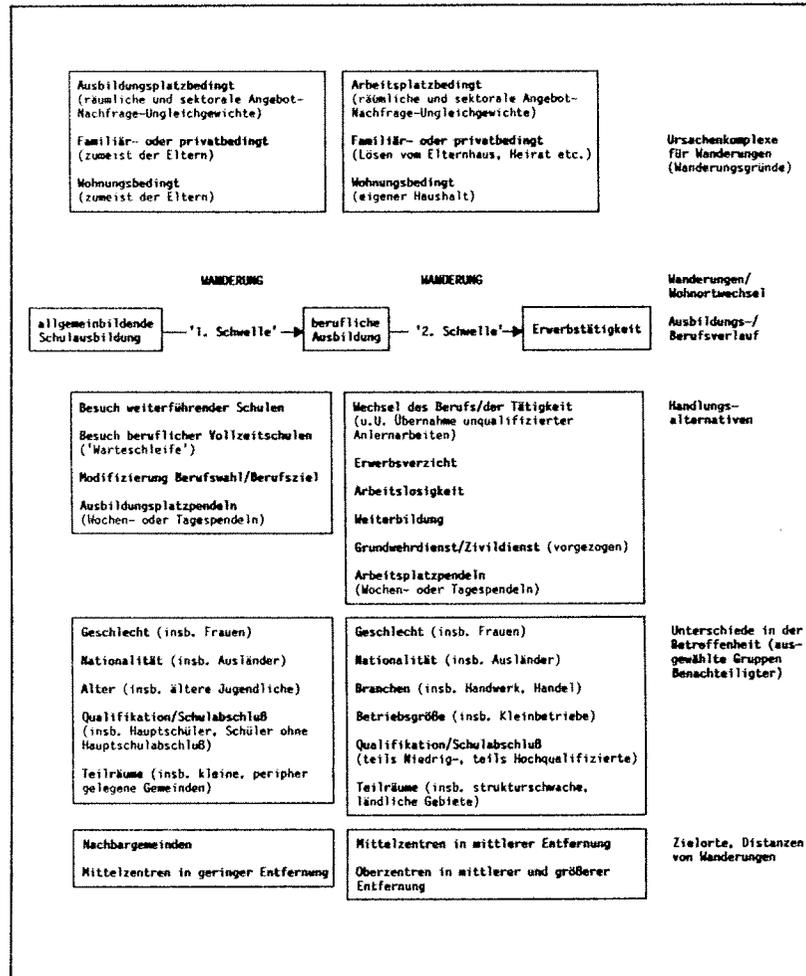


Abb. 1: Strukturmodell möglicher Wanderungen bei den Übergängen von der allgemeinbildenden Schulausbildung in die berufliche Ausbildung und von der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit

3. Wanderungsgeschehen in den Kreisen und Gemeinden Baden-Württembergs - Auswahl abwanderungsgefährdeter Untersuchungsgemeinden

Die Untersuchung des Wanderungsgeschehens erfolgte auf der Grundlage der Einwohnermeldestatistik der Jahre 1978 bis 1986. Ausgewertet wurden Angaben zu den Zu- und Fortzügen sowie zu den Einwohnerzahlen von den 1111 Gemeinden Baden-Württembergs, differenziert nach 10 Altersklassen sowie nach Geschlecht und Nationalität (Deutsche, Ausländer). Ergänzend dazu wurden Wanderungsverflechtungen in Baden-Württemberg zwischen Kreisen für das Jahr 1986 sowie die Wanderungsverflechtungen zwischen Gemeinden für den Zeitraum 1984 bis 1986 analysiert.

Die Auswahl abwanderungsgefährdeter Gemeinden auf der Basis von nach Altersklassen untergliederten Wanderungsvorgängen weist insofern Aussageeinschränkungen auf, als zum einen nicht nach dem Schulabschluss der Wandernden differenziert werden kann und zum anderen nicht ermittelt werden kann, aus welchem Anlaß und in welcher Phase des Lebenszyklus der Wohnstandort gewechselt wurde. Um die daraus resultierenden Informationsdefizite so weit wie möglich zu reduzieren, wurden deshalb ergänzend Daten aus einer Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung zu Wohnstandortwechseln im Zusammenhang mit der Aufnahme der betrieblichen Berufsausbildung (2) und Daten einer Sonderauswertung der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zu sozialversicherungspflichtigen Absolventen der beruflichen Ausbildung von 1978 bis 1982 (3) in die Untersuchung des Wanderungsgeschehens einbezogen.

Die Analyse der Wanderungsdaten bestätigt bislang vorliegende Forschungsergebnisse insofern, als Jugendliche (18-24jährige) weitaus häufiger einen Wohnstandortwechsel vornehmen als alle anderen Altersgruppen der Bevölkerung. Eine Betrachtung der altersgruppenspezifischen Wanderungsintensitäten (4) über die Jahre 1978 bis 1986 zeigt allerdings, daß seit 1980 die Wanderungsintensität bei nahezu allen Altersgruppen abgenommen hat, die der 18-24jährigen dabei vergleichsweise am stärksten (Abbildung 2).

Wie aus der Bildung eines 'Wanderungsfaktors' (5) - für die Kreise und kreisfreien Städte in Abbildung 3 dargestellt - hervorgeht, ist die Beteiligung der 18-24jährigen am Wanderungsgeschehen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung im Jahre 1986 immer noch mehr als doppelt so hoch. Eine für Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohe Wanderungsbeteiligung Jugendlicher ist dabei zum einen in den ländlich geprägten und peripher gelegenen Regionen Nordost-Württembergs, in den südlichen Kreisen des Hochschwarzwaldes sowie in Teilbereichen der Schwäbischen Alb und zum anderen in den durch große Universitäten geprägten kreisfreien Städten Freiburg, Heidelberg, Stuttgart und dem Kreis Tübingen festzustellen. Erstere weisen zum Teil sehr hohe negative, letztere dagegen positive Wanderungssalden auf - vermutlich vornehmlich durch eine Zuwanderung von Studenten, im Fall von Stuttgart auch durch einen Zuzug von Auszubildenden und jungen Erwerbstätigen.

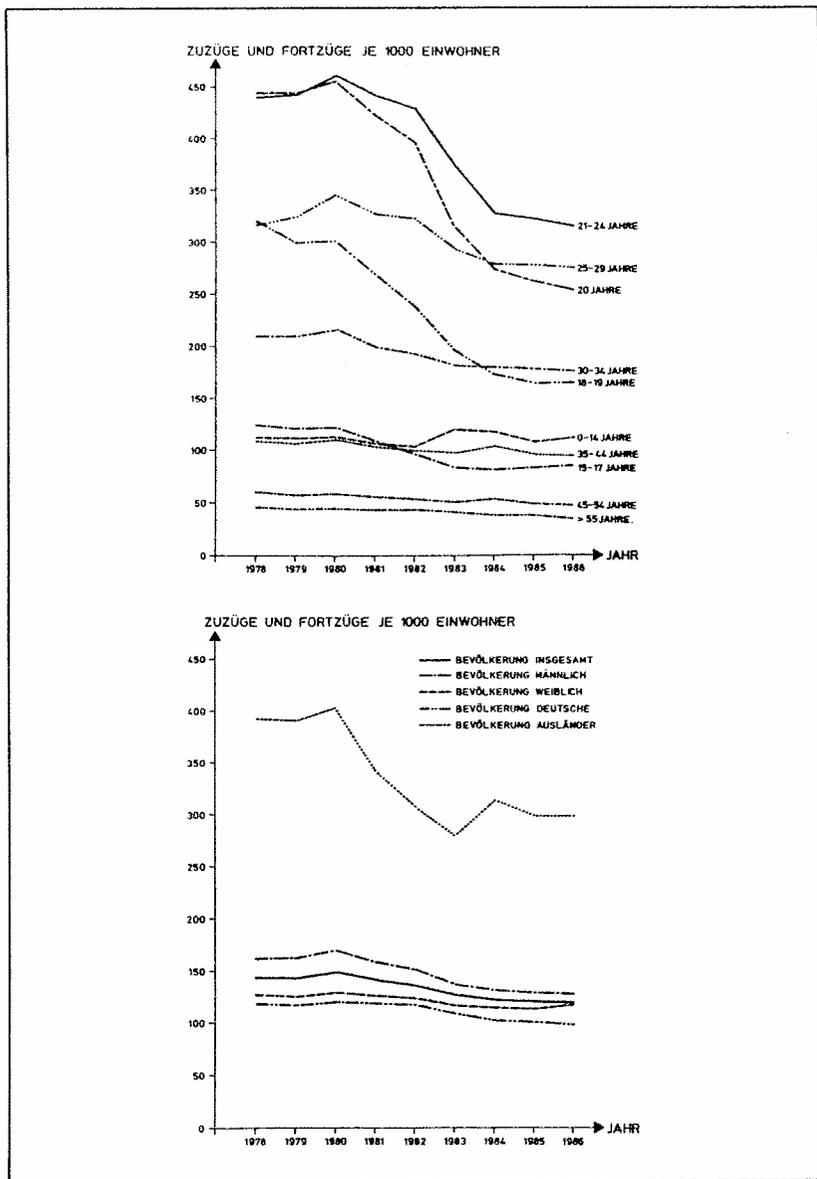


Abb. 2: Entwicklung der Wanderungsintensität von 1978 bis 1986 - differenziert nach Altersgruppen, Geschlecht und Nationalität

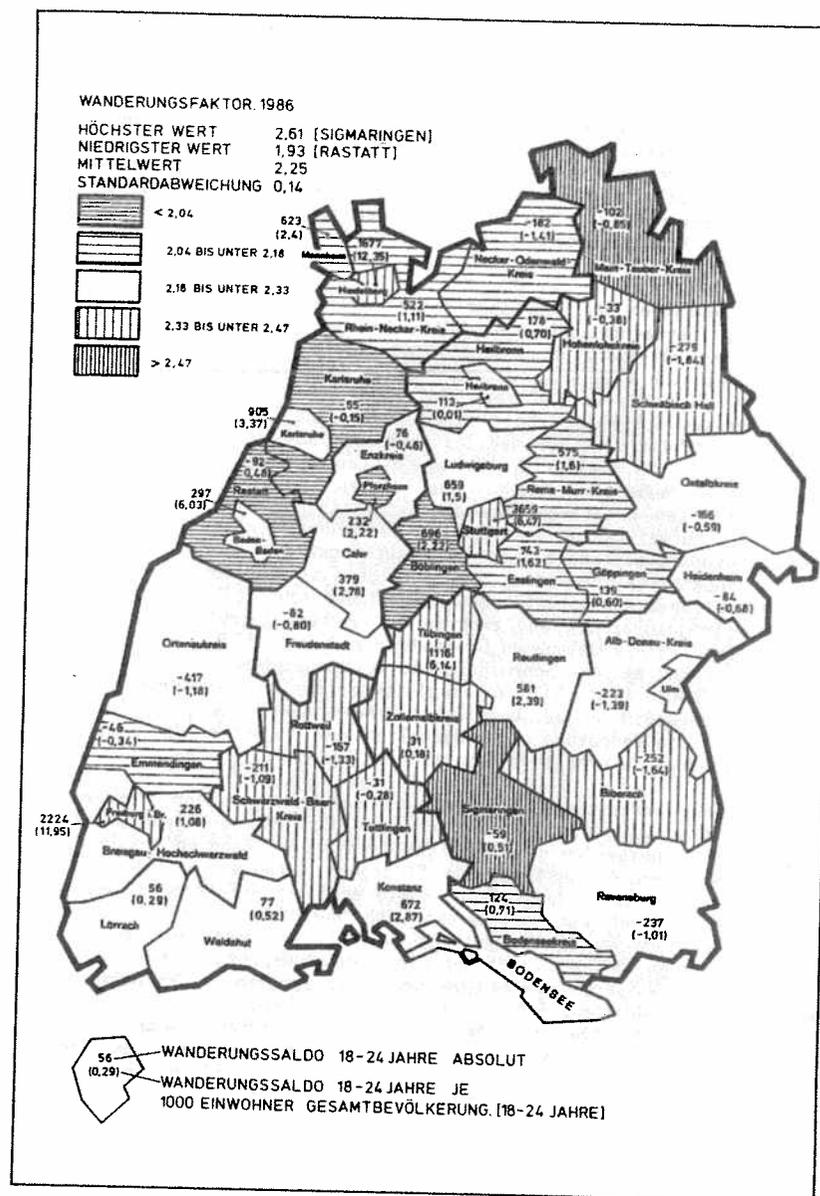


Abb. 3: Wanderungsfaktoren und -salden der 18-24jährigen in den Kreisen und kreisfreien Städten Baden-Württembergs (1986)

Neben der Analyse altersklassen-, geschlechts- und nationalitäten-spezifischer Wanderungsvolumina und -salden wurden zur Identifikation und Auswahl abwanderungsgefährdeter Teilräume sowohl Kreise als auch Gemeinden auf der Basis dieser Beschreibungsgrößen mit Hilfe faktoren- und clusteranalytischer Verfahren typisiert. In Übereinstimmung mit den vorstehenden Ergebnissen erwiesen sich nach dieser Typisierung in Baden-Württemberg vor allem die Landkreise Schwäbisch Hall, Neckar-Odenwald, Main-Tauber, Ostalb, Heidenheim, Rottweil, Schwarzwald-Baar, Tuttlingen, Biberach und Alb-Donau als allgemein abwanderungsgefährdet (Gesamtbevölkerung) wie auch insbesondere als jugendabwanderungsgefährdet (18-24-jährige).

Die Wanderungssalden der 18-24-jährigen in den Gemeinden Baden-Württembergs sind, betrachtet über die drei Dreijahreszeiträume 1978-1980, 1981-1983 und 1984-1986, überproportional häufig in Gemeinden des Landkreises Schwäbisch Hall durchgängig negativ (Abbildung 4). Während für den gesamten Zeitraum von 1978 bis 1986 in 20 der insgesamt 30 Gemeinden des Landkreises Schwäbisch Hall eine Abwanderung Jugendlicher festzustellen ist, trifft dies für den Zeitraum von 1984-1986 sogar in 27 Gemeinden, also in 90 % aller Gemeinden des Landkreises zu. Da der Kreis Schwäbisch Hall außerdem 1986, d.h. im letzten Jahr der Beobachtungsreihe, den höchsten negativen Jugendwanderungssaldo aller Kreise Baden-Württembergs aufweist, wurde er für die Durchführung einer Pilotuntersuchung zum Wanderungsverhalten als Untersuchungskreis ausgewählt. Innerhalb des Landkreises Schwäbisch Hall erfolgten schließlich in sieben besonders stark abwanderungsgefährdeten Gemeinden schriftliche Befragungen sowie Expertengespräche - und zwar in den vorrangig im Osten und Nordosten des Landkreises gelegenen Gemeinden Gerabronn, Ilshofen, Kirchberg an der Jagst, Rot am See, Schrozberg und Vellberg sowie im Mittelzentrum Crailsheim. Obwohl Crailsheim im Vergleich zu den anderen Gemeinden als gering abwanderungsgefährdet bezeichnet werden muß, wurde es berücksichtigt, um auch die Bedeutung eines Mittelzentrums im Rahmen des zu untersuchenden Wanderungsverhaltens ermitteln zu können.

Die Analyse der kreisweisen Wanderungsverflechtungen im Jahr 1986 zeigt, daß der Untersuchungskreis Schwäbisch Hall für die 18-24-jährigen hohe negative Wanderungssalden gegenüber den kreisfreien Städten mit Universitäten sowie dem Verdichtungsraum Stuttgart aufweist. Hieran deutet sich bereits eine ausbildungsplatz- sowie arbeitsplatzbezogene Verursachung der Abwanderung Jugendlicher an (Abbildung 5). Obwohl die gemeindefeinen Wanderungsverflechtungen aus Datenschutzgründen nur teilweise abgebildet werden konnten, zeichnet sich eine Abwanderung 18-24-jähriger aus kleinen, peripher gelegenen Gemeinden bevorzugt in die Mittelzentren innerhalb des Landkreises Schwäbisch Hall bei gleichzeitiger Abwanderung anderer Jugendlicher bzw. bei Abwanderung der gleichen Jugendlichen zu einem späteren Zeitpunkt aus diesen Mittelzentren in Mittel- oder Oberzentren außerhalb des Landkreises ab. Die Wanderungen führen in der Regel jeweils in Orte höherer zentralörtlicher Bedeutung ('Etappenwanderung').

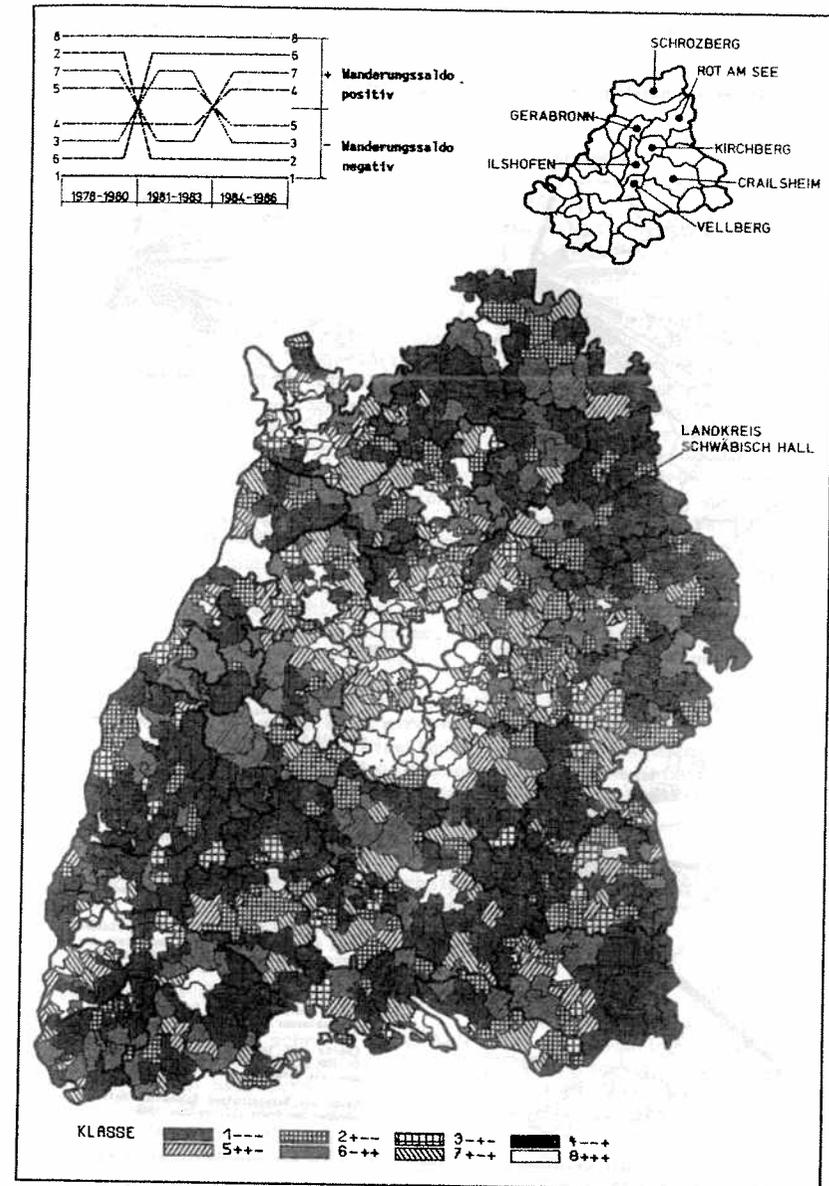


Abb. 4: Entwicklung der Wanderungssalden der 18-24-jährigen in den Gemeinden Baden-Württembergs

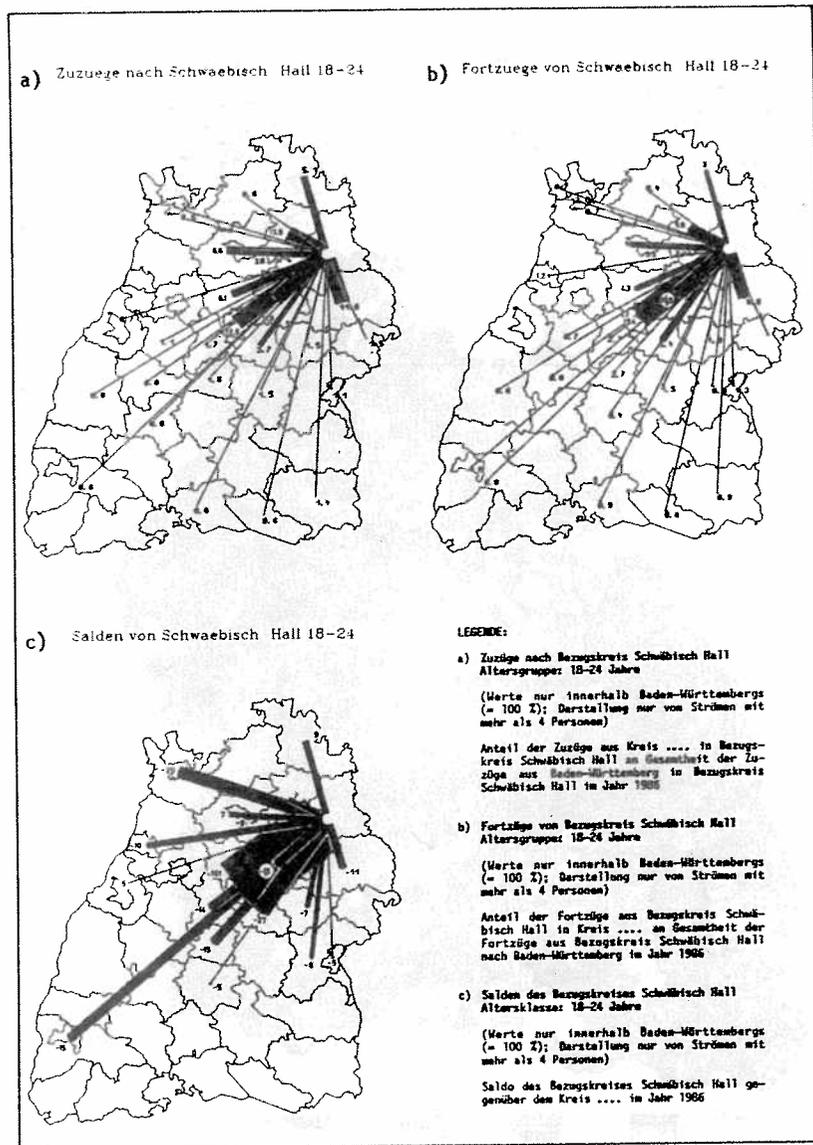


Abb. 5: Wanderungsverflechtungen des Landkreises Schwäbisch Hall mit anderen Landkreisen Baden-Württembergs für die 18-24jährigen im Jahr 1986 – nur Ströme größer 4 Personen

Eine nach regionalen Gesichtspunkten differenzierte Analyse der Daten einer Befragung von Berufsschülern der Jahre 1983 und 1984 durch das Bundesinstitut für Berufsbildung ergibt, daß der Anteil der Wohnstandortwechsel mit Beginn der Berufsausbildung im Landesdurchschnitt Baden-Württembergs 3,6 % beträgt. Dabei ist der Wert im Landkreis Schwäbisch Hall – wie auch in vielen anderen ländlichen Räumen – überdurchschnittlich hoch. Außerdem zeigt sich, daß die Wahrscheinlichkeit für Wohnstandortwechsel bei Beginn der Berufsausbildung mit dem Alter und mit der Qualifikation der Auszubildenden zunimmt und zudem stark von der Wahl des Berufs-/Ausbildungsfeldes abhängt. Wanderungen erfolgen besonders häufig in den Berufsfeldern Landwirtschaft/Hauswirtschaft/Ernährung sowie Druck/Papier und Hotel-/Gaststättengewerbe.

Eine Sonderauswertung der Beschäftigtendatei der Bundesanstalt für Arbeit für die Ausbildungsabsolventen des Jahres 1979 läßt erkennen, daß die Volumenraten der Arbeitsortwechsel (Arbeitsortwechsler über Kreisgrenzen bezogen auf die Gesamtheit der Arbeitsortwechsler und der Nicht-Arbeitsortwechsler) besonders hoch in Verdichtungsräumen sind, während sich im ländlichen Raum dagegen vergleichsweise niedrige Werte ergeben. Dies ist u.a. Ausdruck des umfangreichen und diversifizierten Arbeitsplatzangebotes in Verdichtungsräumen. Die Salden der Arbeitsortwechsel über Kreisgrenzen sind im ländlichen Raum negativ, in Verdichtungsräumen dagegen ausgeprägt positiv. Es erfolgt also eine Verlegung von Arbeitsorten in Richtung auf die Verdichtungsräume. Die eingeschränkten Arbeitsplatzangebote im ländlichen Raum werden auch anhand der vergleichsweise hohen Anteile derjenigen Jugendlichen deutlich, die aus der Sozialversicherungspflicht ganz oder zeitweise ausscheiden (Wehr-/Zivildienstleistende, Hausfrauen/-männer, Beamte, Selbständige, Arbeitslose, Erwerbsverzicht, Zusatzausbildung).

Werden die Distanzen der Arbeitsortwechsel als Indikatoren für Wohnstandortwechsel verwendet und wird hilfsweise unterstellt, daß bei Arbeitsortwechseln in Nachbarkreisen keine Wohnortwechsel erfolgen, so weisen insbesondere die peripher gelegenen Kreise – wie beispielsweise der Kreis Schwäbisch Hall – hohe Wahrscheinlichkeiten für Wohnortwechsel im Zuge von Arbeitsortwechseln auf.

4. Ausbildungs- und Berufswahlverhalten, Wanderungsverhalten und Ursachen einer Abwanderung junger Ausbildungsabsolventen – Ergebnisse von Primärerhebungen

Ergebnisse der Gespräche mit 'Situationsexperten'

Zur Vorbereitung der schriftlichen Befragung von Ausbildungsabsolventen sowie zur partiellen Kontrolle der durch die Befragungen gewonnenen Ergebnisse wurden Gespräche mit sogenannten 'Situationsexperten' durchgeführt. Als 'Situationsexperten' wurden Personen eingestuft, die einen relativ engen und häufigen Kontakt mit Absolventen der Schul- und Berufsausbildung haben. Es wurden daher vor allem Lehrer in Abschlußklassen von insgesamt sieben Haupt- und vier Realschulen der ausgewählten Untersuchungsgemeinden sowie Berufsschullehrer aus allen Berufsschulzweigen (land-/hauswirtschaftlich; gewerblich; kaufmännisch) der beiden Berufsschulen innerhalb des Landkreises (Crailsheim und Schwäbisch Hall)

als Gesprächspartner ausgewählt. Einige wenige Gespräche erfolgten auch mit Bürgermeister und Jugendgruppenleitern sowie mit einem Pfarrer und einem Vertreter der Berufsberatung des Arbeitsamtes Schwäbisch Hall. Als Ergebnis von insgesamt 27 Einzelgesprächen kann zusammenfassend festgehalten werden, daß das Wanderungsverhalten der Jugendlichen in den Untersuchungsgemeinden von verschiedenen, in ihrer Wirkung sich zum Teil überlagernden Faktoren beeinflußt wird. Das Wanderungsverhalten unterscheidet sich vor allem nach

- dem Alter, dem Geschlecht und (bedingt) der Nationalität,
- dem Wohnort der Schüler und der Lage der Schulstandorte (Erreichbarkeit),
- der Schulausbildung (schulische Qualifikation),
- dem Berufswunsch bzw. der Berufswahl der Schüler,
- dem örtlichen (regionalen) Angebot an betrieblichen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen,
- der beruflichen Qualifikation und
- weiteren arbeitsplatzbezogenen Merkmalen wie z.B. Lohnniveau, Arbeitszeiten und Prestige.

Zu Wohnstandortwechseln kommt es nach Einschätzung der Experten weniger mit dem Beginn der beruflichen Ausbildung ('1. Schwelle') als vielmehr mit dem Übergang in die Erwerbstätigkeit ('2. Schwelle'). Trotz einer in den meisten Gemeinden unzureichenden Anzahl und/oder Qualität an beruflichen Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten nehmen viele Jugendliche eine nicht dem Berufswunsch entsprechende berufliche Ausbildung oder eine nicht der Berufsausbildung entsprechende Beschäftigung in Kauf, um nicht aus der Region abwandern zu müssen. Diejenigen Jugendlichen, die sich schließlich für eine Abwanderung entscheiden (müssen), sind nach der überwiegenden Ansicht der Gesprächspartner vergleichsweise hochqualifiziert.

Die an diese Gespräche anschließenden Befragungen von Ausbildungsabsolventen allgemeinbildender Schulen (Haupt-/Realschulen) und berufsbildender Schulen bestätigen die qualifizierenden, zum Teil sogar quantifizierend gemachten Einschätzungen der Experten.

Ergebnisse der schriftlichen Befragungen von Absolventen allgemeinbildender Schulen und von Berufsschulabsolventen

In die Befragung von Ausbildungsabsolventen wurden insgesamt 510 ehemalige Haupt- und Realschüler (Entlaßjahrgänge 1986 sowie 1987) aus den Schulen der sieben Untersuchungsgemeinden sowie 499 Berufsschulabgänger der Berufsschulen Schwäbisch Hall und Crailsheim einbezogen. Mit den Befragungen wurde angestrebt, keine Absichtserklärungen, sondern bereits realisiertes Verhalten wie Wanderungen, Berufswahl etc. und die zugrundeliegenden Motive zu erheben. Nicht auszuschließen ist dabei allerdings eine nachträgliche 'Rationalisierung' der vorgenommenen Entscheidungen.

Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung ('1. Schwelle').

Aus der Befragung von Haupt- und Realschulabsolventen geht hervor, daß rund die Hälfte aller Befragten nach Abschluß der Schule eine 'klassi-

sche' Berufsausbildung im dualen System (Lehre) aufgenommen hat. Gut 30 % der Jugendlichen besuchten zum Zeitpunkt der Befragung eine ein- bzw. zweijährige Berufsfachschule (Ganztags-Berufsschule), deren Besuch inzwischen für eine Vielzahl von Berufsausbildungen vor der eigentlichen Ausbildung im Betrieb Pflicht ist. Jeweils rund 8 % aller Befragten besuchten entweder eine weiterführende Schule (z.B. berufsbildende Gymnasien) oder sonstige berufliche Vollzeitschulen (Berufsgrundbildungs-/Berufsvorbereitungsjahr). Letztere wurden besonders häufig von Mädchen aufgesucht. Da diese Schulen oft als 'Warteschleife' genutzt werden, bis ein angestrebter Ausbildungsplatz gefunden ist, kann dies als ein erster Hinweis daraufhin verstanden werden, daß Mädchen bei der Suche nach einem beruflichen Ausbildungsplatz im Vergleich zu Jungen größeren Problemen ausgesetzt sind.

30 % der Befragten, die während der Schulzeit einen konkreten Berufswunsch hatten, konnten diesen nicht realisieren - in der Hälfte aller Fälle infolge eines mangelnden Angebots ('Ausbildungsplatz bereits vergeben'), zu 12 % wegen einer schlechten Erreichbarkeit ('Berufsschule bzw. betrieblicher Ausbildungsplatz zu weit entfernt') oder aus sonstigen Gründen, wie z.B. 'körperliche Einschränkungen (Sehchwäche etc.)', 'finanzielle Restriktionen' oder 'ungünstige Ausbildungs- bzw. Arbeitszeiten'. Es zeigt sich eine deutliche Benachteiligung von Mädchen. So konnten von den befragten Mädchen sogar 39 % den angestrebten Ausbildungsplatz nicht erhalten, wobei vor allem - häufiger als von Jungen - darauf verwiesen wurde, daß die Ausbildungsplätze bereits vergeben waren. Sowohl für Mädchen als auch für die Gesamtheit aller Befragten zeigte sich auf dem Lehrstellenmarkt allerdings eine zunehmende Entspannung der Problematik. Während von den Jugendlichen, die 1986 die Haupt- bzw. Realschule verlassen hatten, noch 37 % eine Berufsausbildung wählen mußten, die den eigenen Vorstellungen nicht entsprach, waren es bei den Schulabgängern des Jahres 1987 'nur' noch rund 25 %. Die im Bundesdurchschnitt erkennbare Abnahme der Lehrstellenknappheit im Verlaufe der letzten Jahre spiegelt sich somit auch in den Untersuchungsgemeinden des Landkreises Schwäbisch Hall wider.

Hinsichtlich der hier besonders interessierenden Wanderungen ist festzustellen, daß insgesamt 6,8 % aller Befragten mit Abschluß der allgemeinbildenden Schulzeit bzw. innerhalb der ersten beiden Jahre der Berufsausbildung den Wohnstandort gewechselt haben - Mädchen anteilmäßig häufiger als Jungen (7,8 % gegenüber 5,9 %), Realschüler häufiger als Hauptschüler (8,4 % gegenüber 5,4 %) und Schüler des Entlaßjahrganges 1986 häufiger als die des Entlaßjahres 1987 (10 % gegenüber 4 %). Werden die Wohngemeinden der Befragten nach ihrer Entfernung zum nächsten Mittelzentrum differenziert, so zeigt sich, daß zum einen Jugendliche, die aus peripher gelegenen Gemeinden stammen sowie zum anderen Jugendliche, die direkt aus dem Mittelzentrum Crailsheim kommen, vergleichsweise häufig ihren Wohnstandort gewechselt haben (9,7 % bzw. 7,9 %). Eine Betrachtung der Wanderungsströme (Quell-Ziel-Beziehungen) läßt zwei Tendenzen erkennen: Einerseits ergeben sich auf das Mittelzentrum Crailsheim ausgerichtete Umzüge, andererseits Fortzüge aus dem Kreis hinaus, die zu annähernd gleichen Teilen in Mittel- und Oberzentren sowie in sonstige Gemeinden außerhalb des Landkreises Schwäbisch Hall führen (Abbildung 6).

Von den Jugendlichen, die einen Umzugsgrund nannten, wechselten 4/5 ausbildungsbedingt, d.h. wegen Aufnahme der beruflichen Ausbildung, ihren Wohnstandort. Die restlichen Jugendlichen verwiesen auf einen beruflich bedingten Umzug des Vaters, den Bezug eines Eigenheimes durch die Eltern oder auf andere Gründe, die zu einem 'Mitumzug' zusammen mit den Eltern führten. Besonders bemerkenswert ist, daß diejenigen Jugendlichen, die mit Beginn der Berufsausbildung den Wohnstandort wechselten, überdurchschnittlich häufig auch schon während der letzten 4 Jahre ihrer allgemeinbildenden Schulzeit (mit ihren Eltern) einen Umzug vorgenommen haben. Die Bereitschaft zu wandern, ist also offensichtlich dann besonders hoch, wenn Jugendliche bereits Wohnortwechsel und die damit verbundenen Veränderungen 'sozialer Lebenszusammenhänge' erlebt haben.

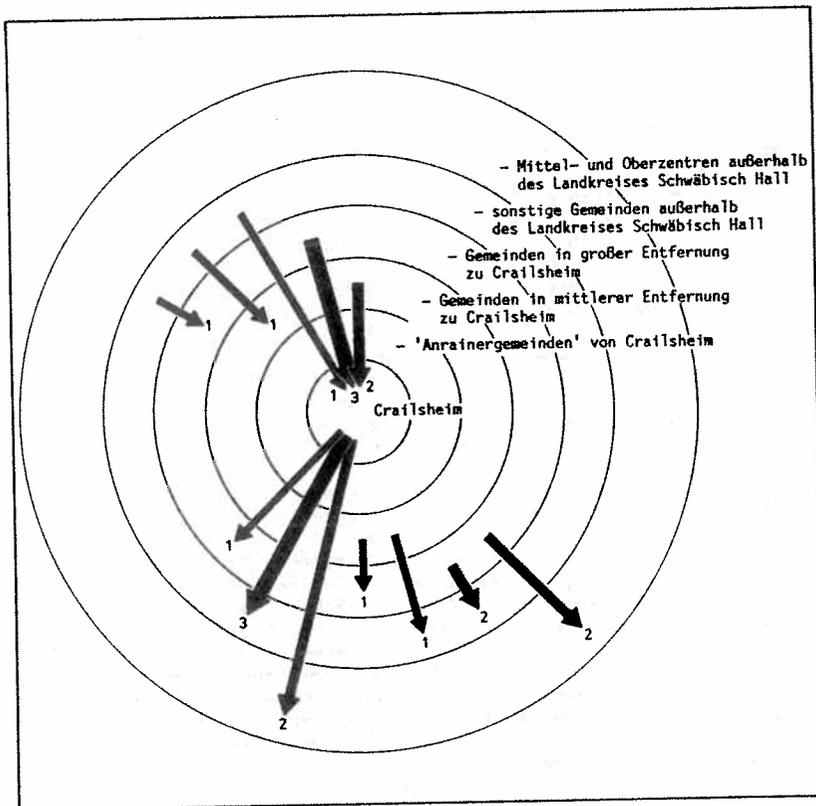


Abb. 6: Richtung der Wohnstandortwechsel von Haupt- und Realschulabsolventen im Zeitraum zwischen Abschluss der allgemeinbildenden Schulzeit und der Befragung (nur Wanderungen zwischen verschiedenen Gemeindetypen, Gemeinden sind nach ihrer Entfernung zum Mittelzentrum Crailsheim klassifiziert)

Übergang von der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit ('2. Schwelle')

Die Befragung der Berufsschulabsolventen bezog sich sowohl auf den Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung als auch auf den Übergang von der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit. Für den Wechsel von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung ('1. Schwelle') stimmen die Ergebnisse mit denen der Befragung von Haupt- und Realschulabsolventen hinsichtlich des Wanderungsvolumens und der Wanderungsursachen weitgehend überein. So haben 8,5 % der befragten Berufsschulabsolventen mit Beginn der beruflichen Ausbildung - wobei hier zu beachten ist, daß diese ca. zwei bis drei Jahre weiter zurückliegt als bei den Absolventen allgemeinbildender Schulen - ihren Wohnstandort gewechselt, in der überwiegenden Zahl der Fälle durch den Antritt einer Lehrstelle bedingt. Die Zusammensetzung der Wandernden (nach Geschlecht etc.) und die Merkmale der Wanderungen (Distanzen etc.) entsprechen denen der Haupt- und Realschulabsolventen. Nur bezüglich der Realisierung des Berufswunsches zeigt sich ein deutlicher Unterschied, da von allen Befragten nur 56 % einen Ausbildungsplatz im gewünschten Berufsfeld finden konnten. Besonders ungünstig war hier die Situation der Mädchen, da von ihnen nur rund 40 % ihren ursprünglichen Berufswunsch realisieren konnten. Aus diesen niedrigen Quoten wird ersichtlich, daß mit Beginn bis Mitte der 80er Jahre noch größere Engpässe auf dem Lehrstellenmarkt bestanden als in den Jahren 1986 und 1987 für die befragten Haupt- und Realschulabsolventen.

Unmittelbar nach Abschluss der Berufsausbildung ('2. Schwelle') waren 73 % der befragten Berufsschulabsolventen erwerbstätig, 7 % im Wehr- oder Zivildienst und 15 % gingen sonstigen, nicht weiter differenzierten Tätigkeiten nach, wie weiterführender Schulbesuch, Ausübung von Praktika, Ableistung eines sozialen Jahres, Tätigkeit als Hausfrau u.a. Bemerkenswert ist, daß nach Beendigung der Lehre immerhin 5 % der Befragten arbeitslos wurden.

72 % der bereits Erwerbstätigen fanden eine ihrer beruflichen Ausbildung entsprechende Tätigkeit. Die restlichen wurden entweder nach Abschluss der Lehre vom Ausbildungsbetrieb nicht übernommen und fanden in der Nähe keinen anderen geeigneten Arbeitsplatz oder wechselten den Beruf wegen zu geringer Entlohnung. Insbesondere in kaufmännischen Berufsfeldern war die Übernahme durch die Ausbildungsbetriebe vergleichsweise selten. Vor allem im Bereich der Landwirtschaft wurde die Entlohnung als zu niedrig empfunden.

Mit Beginn sowie während der ersten beiden Jahre der Erwerbstätigkeit wanderten 12 % der Befragten aus ihren Wohnorten ab,

- Männer zu 6,8 %, Frauen zu 23,0 %,
- Hauptschulabsolventen zu 7,9 %, Realschulabsolventen zu 11,8 %, Berufsschulabsolventen mit Fachhoch- bzw. Hochschulberechtigung zu 30,6 %,
- Auszubildende des land- und hauswirtschaftlichen Bereichs zu 6,5 %, des gewerblichen Bereichs zu 8,1 %, des kaufmännischen Bereichs zu 21 %.

Der Übergang in die Erwerbstätigkeit ist im ländlichen Raum somit insbesondere für Frauen und Höherqualifizierte erschwert. Diese wanderten

auch vergleichsweise häufig aus beruflichen Gründen ab. Die Wanderungsursachen sind insgesamt zu 40 % privatbedingt (eigener Haushalt), zu 27,5 % familiärbedingt (Heirat) und zu 37,5 % berufsbedingt. Berufsbedingte Wanderungen erfolgen insbesondere im Zusammenhang mit einem Wechsel der Arbeitsstelle bzw. mit dem Ziel einer Verkürzung der Wegstrecke zum Arbeitsplatz.

Die peripher gelegenen Gemeinden des Landkreises Schwäbisch Hall – in reduziertem Maße gilt dies auch für die Mittelzentren – verlieren beim Übergang von der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit qualifiziert ausgebildete Erwerbstätige. Die Abwanderung ist dabei zum Teil auf die Mittelzentren innerhalb des Landkreises, vor allem aber auf die Mittel- und Oberzentren außerhalb des Landkreises gerichtet. Für die Mittelzentren Schwäbisch Hall und Crailsheim sind die Bilanzen infolge der Zuwanderung aus peripher gelegenen Gemeinden des Landkreises relativ ausgeglichen (siehe Abbildung 7).

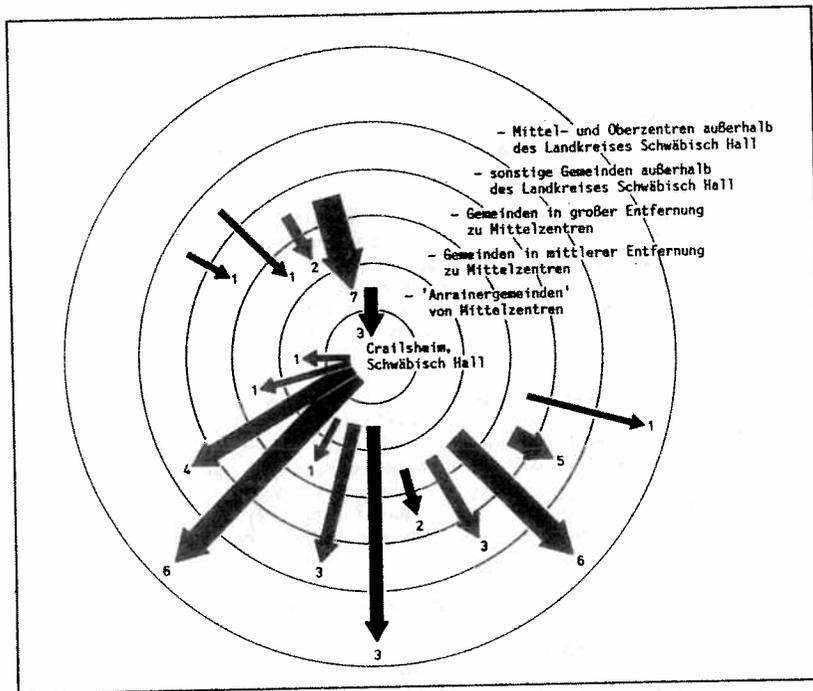


Abb. 7: Richtung der Wohnstandortwechsel von Berufsschulabsolventen im Zeitraum zwischen Abschluß der allgemeinbildenden Schulzeit und der Befragung (nur Wanderungen zwischen verschiedenen Gemeindetypen, Gemeinden sind nach ihrer Entfernung zu den Mittelzentren Crailsheim und Schwäbisch Hall klassifiziert)

Die Zufriedenheit mit dem derzeitigen Wohnort ist unter denjenigen Befragten niedriger, die mit Beginn oder während der Erwerbstätigkeit umgezogen sind (64 % gegenüber 84 %). Wenn auch zu berücksichtigen ist, daß die Wandernden sich erst an die neue Wohnung und das ungewohnte Umfeld gewöhnen müssen und somit unter Umständen zu einer negativen Bewertung kommen, ergibt sich aus der vergleichsweise hohen Unzufriedenheit mit dem neuen Wohnort doch ein Hinweis auf den partiellen 'Zwangscharakter' dieser Wohnstandortwechsel.

Eine Absicht, demnächst umzuziehen, äußerten insgesamt 14 % aller befragten Berufsschulabsolventen – Frauen dabei häufiger als Männer. Die Häufigkeit nimmt außerdem mit der beruflichen Qualifikation (Hauptschulabsolventen zu 10,3 %, Realschulabsolventen zu 17,3 %, Ausbildungsabsolventen mit Fachhochschul-/Hochschulberechtigung zu 22,3 %) wie auch in den Fällen zu, in denen schon vorher ein Umzug erfolgt ist. Die angegebenen Gründe für Umzüge sind u.a.: 'Selbständigkeit' (24,1 %), 'Heirat oder Zusammenziehen mit dem Partner' (25,9 %), 'Studium bzw. Besuch weiterführender Schulen' (16,7 %) und 'berufliche Gründe' (16,6 %) sowie diverse andere Gründe.

5. Schlußfolgerungen – Handlungshinweise für Regional-, Landes- und Infrastrukturplanung

Regional-, landes- und infrastrukturplanerische Handlungsansätze für den peripheren und strukturschwachen ländlichen Raum sollten vor allem darauf abzielen, die Selektivität der Abwanderung junger Ausbildungsabsolventen zu reduzieren, um einer 'sozialen Erosion', insbesondere durch den Verlust hochqualifizierter Jugendlicher, entgegenzuwirken. Eine Reduktion des Abwanderungsumfanges erscheint – da ohnehin tendenziell abnehmend – dagegen eher nachgeordnet bedeutsam. Handlungsansätze sollten ausschließlich darauf ausgerichtet sein, ausbildungs- oder berufsbedingt 'erzwungene' Wanderungen zu begrenzen. In Verbindung mit dieser Zielsetzung sind desweiteren anzustreben:

- eine Verringerung der überdurchschnittlich hohen Jugendarbeitslosigkeit im ländlichen Raum,
- eine Erweiterung der Angebote zur Berufsausbildung, die den Berufswünschen der Jugendlichen entsprechen, sowie der Angebote an Arbeitsplätzen, die eine der Berufsausbildung adäquate Beschäftigung ermöglichen,
- eine Nutzung der Qualifikationen, die durch einen 'erzwungenen' Erwerbsverzicht oder durch eine der Ausbildung nicht entsprechende Beschäftigung brachliegen.

Die nachfolgenden Handlungsempfehlungen stellen kein Konzept zur kommunal- oder kreisentwicklung der untersuchten Gemeinden bzw. des Landkreises Schwäbisch Hall dar. Die Empfehlungen haben eher grundsätzlichen Charakter für strukturschwache ländliche Regionen, wobei jedoch in Abhängigkeit von der jeweiligen teilräumlichen Ausgangslage Modifikationen erforderlich sind.

Entsprechend der Problemstellung der Untersuchung zielen die hier zusammengestellten Maßnahmenhinweise auf diejenigen ökonomischen und infrastrukturellen Bereiche, die für eine (selektive) Abwanderung hauptverantwortlich erscheinen. Die hier gegebenen Handlungshinweise beschränken

sich deshalb auf die Maßnahmenfelder

- des Bildungswesens sowie
- der Berufsausbildung.

Die Handlungshinweise erfolgen unter der Zielsetzung, schulische und berufliche Ausbildungsangebote zu erhalten bzw. zu stärken - und zwar sowohl hinsichtlich der Standorte (dezentrale Standortstruktur) als auch hinsichtlich der Unterrichtsinhalte bzw. der Vielfalt an Ausbildungsberufen (diversifiziertes Fächerangebot). Weitere Maßnahmenbereiche betreffen

- den Arbeitsmarkt sowie
- die Ausstattung mit technischer Infrastruktur.

Die jeweiligen Maßnahmenvorschläge erfolgen mit der Zielsetzung, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue - insbesondere hochqualifizierte - Arbeitsplätze im tertiären Sektor zu schaffen sowie die Verkehrserschließung im ländlichen Raum zu verbessern und Voraussetzungen zur Nutzung neuer Technologien durch einen entsprechenden Ausbau der Leistungsinfrastrukturen zu schaffen.

Handlungsempfehlungen, die nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig wirksam sein sollen, müssen allerdings die sich zukünftig ändernden Rahmenbedingungen berücksichtigen. Dies sind unter anderem:

- ein starker Rückgang der Schülerzahlen in allgemein- und berufsbildenden Schulen (kurz-/ mittelfristig) sowie ein Rückgang der Gesamtbevölkerung (langfristig),
- ein technologischer Wandel mit verstärkt in Industrie, Handel, Dienstleistung und Verwaltung zur Anwendung kommenden neuen Produktions- sowie Informations- und Kommunikationstechniken.

Aus den veränderten Rahmenbedingungen können sich für den ländlichen Raum sowohl Chancen als auch Gefahren ergeben - und zwar in Abhängigkeit von regional unterschiedlichen Ausprägungen der oben genannten Rahmenbedingungen wie auch anderer Veränderungen (z.B. 'Wertewandel', 'regionale Identität', 'Umweltbewußtsein'). Als Chance, die sich aus dem Bevölkerungsrückgang ergeben kann, ist vor allem der Abbau der Angebot-Nachfrage-Ungleichgewichte auf dem Lehrstellenmarkt - langfristig eventuell auch auf dem Arbeitsmarkt - und damit der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit und des 'erzwungenen' Erwerbsverzichtes zu sehen. Gefahren können sich insofern ergeben, als bei einem Ausbildungsplatzüberangebot in attraktiven Ausbildungsberufen (insbesondere im tertiären Sektor) unter Umständen von Verdichtungsräumen eine 'Sogwirkung' aufgrund besserer Vergütungen, qualifizierterer und diversifizierterer Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote usw. ausgehen kann. Zu befürchten ist außerdem, daß bei abnehmender Anzahl der Auszubildenden qualitativ hochwertige Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote, insbesondere in sogenannten 'Splitterberufen' im ländlichen Raum, noch stärker zugunsten von Verdichtungsräumen entfallen.

Als Grundforderung an geeignete Handlungsansätze ist zu formulieren, daß die beabsichtigten Maßnahmen in den Bereichen der schulischen Ausbildung, der beruflichen Ausbildung und der Erwerbsmöglichkeit integriert erfolgen müssen, damit Jugendliche weder beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung noch beim Wechsel von

der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit einem 'Zwang' zum Abwandern ausgesetzt sind.

Noch intensiver als bisher müssen zukünftig die im ländlichen Raum vorhandenen 'endogenen' Entwicklungspotentiale genutzt werden. Dazu sind vor allem der Einsatz und die Ausschöpfung bereits genutzter Ressourcen zu optimieren sowie brachliegende Ressourcen zu (re-)aktivieren. Wesentliche Elemente einer solchen 'endogenen' Entwicklungsstrategie liegen in

- der Förderung des Faktors 'Humankapital' durch verbesserte und erweiterte Möglichkeiten der schulischen und beruflichen Aus- bzw. Weiterbildung,
- der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ansässiger Unternehmen durch Stärkung der Innovationsfähigkeit und der Innovationsbereitschaft mit Hilfe einer Sicherung günstiger Bedingungen für einen raschen Innovationstransfer,
- der Förderung neuer Betriebsformen sowie überbetrieblicher Kooperationen,
- der Förderung integrierter, kleinteiliger und 'intelligenter' Konzepte des Infrastrukturdargebotes,
- einem Ausbau der nachrichtentechnischen Netzinfrastruktur durch die Deutsche Bundespost als Grundlage für die Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechniken.

Nachfolgend werden ausgewählte Handlungsempfehlungen für verschiedene Bereiche stichwortartig zusammengestellt.

Allgemeinbildende Schulen:

Schulinterne organisatorische Veränderungen durch Maßnahmen wie

- Verringerung der Mindestzügigkeit (Anzahl der Klassen pro Jahrgang),
- Verringerung der Klassenstärken,
- Zulassung jahrgangsübergreifender Klassen.

Schulübergreifende organisatorische Veränderungen durch Maßnahmen wie

- 'mobile' Lehrer, d.h. beispielsweise Einsatz von Fachlehrern an mehreren Schulen,
- 'mobile Fachräume', d.h. Transport teurer Lehr- und Sachmittel,
- Transport von Schülern in Fachklassen.

Ein weiterer Maßnahmenbereich ist der Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken sowohl zur Vermittlung von Lehrinhalten als auch zum 'Management' temporärer und mobiler Bildungsangebote.

Berufsbildende Schulen:

Schulinterne organisatorische Veränderungen durch Maßnahmen wie

- Verringerung der Fachklassenstärke,
- partielle Zusammenlegung von Fachklassen.

Schulübergreifende organisatorische Veränderungen durch Maßnahmen wie

- 'mobile' Lehrer, Fachklassen etc.,
- Abbau der Konzentration von Fachklassen für 'Splitterberufe' in Verdichtungsräumen durch vereinzelte Fachklassenangebote mit erweiter-

- ten Einzugsbereichen im Ländlichen Raum,
- 'mobile' Fachklassen hinsichtlich der Nutzung aufwendiger technischer Einrichtungen (Labors, Werkstätten etc.),
- temporäre Nutzung standortfester Einrichtungen der Berufsschulen (Labors, Werkstätten) für die berufliche Weiterbildung von Mitarbeitern aus regionsansässigen Betrieben, Volkshochschulen etc.

Sonstige Schulen, berufliche Weiterbildung:

Erhalt bzw. Ausweitung des dezentralen Angebots an Fachhochschulen bzw. Fachhochschulzweigen.

Ausbau von Einrichtungen zur beruflichen Weiterbildung durch Maßnahmen wie

- Dezentralisierung der Weiterbildungsangebote (Schulungen etc.) aus den Verdichtungsräumen,
- verstärkte Kooperationen zwischen Berufsschulen, Betrieben, Arbeitsämtern und Kammern (IHK, HWK),
- Pilotprojekte (z.B. 'Gemeinnützige Ausbildungsgesellschaften') für berufliche Weiterbildung und Umschulungen.

Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzangebote:

Erhalt bestehender Arbeitsplätze sowie Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere im tertiären Sektor durch Maßnahmen zur

- Förderung der Einführung und Anwendung neuer Technologien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit,
- Förderung des 'Technologietransfers' durch geeignete Transfereinrichtungen sowie durch überbetriebliche Kooperation,
- Förderung der lokalen/regionalen überbetrieblichen Kooperation durch gemeinsam zu nutzende Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung oder gemeinsam zu nutzende, aufwendige technische Einrichtungen (z.B. Förderung sog. 'informationstechnischer Lokalzentren' (Telehäuser)),
- Verbesserung von Informationsgrundlagen auf kommunaler und regionaler Ebene zur Ansiedlung neuer Betriebe (z.B. 'Standortkataster').

Infrastruktur:

Schaffung integrierter, kleinteiliger und vor allem 'intelligenter' Konzepte zur Erstellung von Infrastrukturleistungen, insbesondere im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, durch Maßnahmen wie

- Förderung flexibler Angebotsformen und deren infrastrukturellen Voraussetzungen ('Rufbus', 'Disco-Bus', 'Bürgerbus', 'Sammeltaxi'),
- Förderung und organisatorische Hilfen für Fahrgemeinschaften.

Schaffung von infrastrukturellen Voraussetzungen zur Nutzung neuer Techniken in den Bereichen Produktion, Handel, Dienstleistung und Verwaltung durch Maßnahmen wie

- einen beschleunigten Ausbau des ISDN seitens der Deutschen Bundespost,

- eine Berücksichtigung des Ländlichen Raums bei dem Aufbau des Breitbandnetzes ('Glasfaser'),
- eine Berücksichtigung des Ländlichen Raums bei der Durchführung von 'Pilotprojekten' zur Nutzung neuer Techniken.

Regional- und Landesplanung:

Zu den von der Regional- und Landesplanung bislang unter anderen verfolgten Zielen,

- ausreichende Standards an Infrastrukturdarangeboten auch im Ländlichen Raum sicherzustellen,
 - die überregionale verkehrliche Anbindung und die intraregionale verkehrliche Erschließung zu verbessern und
 - Arbeitsplätze im gewerblichen sowie - sofern möglich - im Fremdenverkehrssektor zu schaffen,
- müssen in Zukunft weitere hinzukommen bzw. verstärkt werden. Dies sind vordringlich
- die Bestandserhaltung dezentraler, diversifizierter Infrastrukturdarangeboten mit Hilfe neuer Nutzungskonzepte und 'intelligenter' Betriebsformen,
 - der Erhalt sowie die Schaffung zusätzlicher hochqualifizierter Arbeitsplätze, verstärkt auch im tertiären Sektor,
 - die Förderung des Faktors 'Humankapital' durch angepaßte Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen,
 - die Förderung und Stärkung der Innovationsfähigkeit von Betrieben und des Innovationstransfers.

Aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen (Bevölkerungsrückgang, technologischer Wandel etc.) müssen zur Nutzung endogener Entwicklungspotentiale im Ländlichen Raum sowie zur Flexibilisierung von (Infrastruktur-)Angebotsformen seitens der Regional- und Landesplanung Konzepte entwickelt werden, die vermehrt von fixen Leistungseinheiten (Ausstattungs-niveaus u.ä.) und auf einzelne Orte bezogenen Funktionszuweisungen (Schwerpunktorte u.ä.) zugunsten von 'Leistungsverbundsystemen' mit kleinteiligen, sich ergänzenden Einheiten abgehen. Angesichts eines sich abzeichnenden Bevölkerungsrückganges im teilweise ohnehin schon dünn besiedelten Ländlichen Raum ist zu überprüfen, ob die bislang auf Zentrale Orte bezogene Konzentration von Versorgungsleistungen teilweise in ein eher flächen- bzw. rasterförmiges 'regionales Infrastrukturversorgungssystem' überführt werden sollte, um einer drohenden Zunahme von Wege- und Pendeldistanzen zu Lasten peripherer Standorte zumindest teilweise entgegenzuwirken. Seitens der Träger der Regional- und Landesplanung sollte deshalb - ohne das derzeitige zentralörtliche Funktionsmodell der Regional- und Landesplanung mit seiner Festlegung von Zentrale-Orte-Stufen und Entwicklungsachsen grundsätzlich in Frage zu stellen - untersucht werden, ob und inwieweit die derzeit verfolgten Konzepte hinsichtlich ihrer hierarchischen und punktbezogenen Strukturen zu kleinteiligen, stärker flächenhaft ausgelegten Ordnungsprinzipien umzugestaltet sind.

Anmerkungen:

- (1) Das Forschungsvorhaben wurde unter dem Titel 'Wanderungsverhalten junger Ausbildungsabsolventen in abwanderungsgefährdeten Räumen Baden-Württembergs' seit Beginn des Jahres 1987 vom Innenministerium Baden-Württemberg gefördert und am Institut für Städtebau und Landesplanung der Universität Karlsruhe von den Autoren bearbeitet. Der Abschluß erfolgte im Dezember 1988.
- (2) Diese Befragung des Bundesinstitutes für Berufsbildung sollte Informationen über den Verbleib der Jugendlichen nach Verlassen der allgemeinbildenden Schulen erbringen. Die Befragung erfolgte in 140 zufällig ausgewählten Schulen in fünf verschiedenen Bundesländern (vgl. auch Brandes u.a. 1986). Die hier vorgenommene Teilauswertung bezieht sich ausschließlich auf 29 Schulen mit 116 Klassen und 2312 befragten Schülern in Baden-Württemberg.
- (3) Die Sonderauswertung dieser Erhebung der Bundesanstalt für Arbeit umfaßt nur diejenigen Personen, die im Laufe des Zeitraumes von fünf Jahren (1978 bis 1982) mindestens einmal in Baden-Württemberg sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren und 1978 in einem Ausbildungsverhältnis standen. Es handelt sich insgesamt um 60.806 Ausbildungsabsolventen.
- (4) Die altersgruppenspezifische Wanderungsintensität ergibt sich aus dem Quotienten der Wanderungsvolumen (Zu- plus Fortzüge) der Einwohner der Altersklasse x in dem Kreis y bezogen auf 1000 Einwohner der Altersklasse x in dem Kreis y.
- (5) Der Wanderungsfaktor wurde wie folgt berechnet:

$$\frac{\frac{\Sigma \text{ Wanderungen Altersklasse 18-14 Jahre}}{\Sigma \text{ Wanderungen Gesamtbevölkerung}}}{\frac{\Sigma \text{ Einwohner Altersklasse 18-24 Jahre}}{\Sigma \text{ Einwohner insgesamt}}}$$

Literatur:

- Betz, Rolf (1988):
Wanderungen in peripheren ländlichen Räumen - Voraussetzungen, Abläufe und Motive - dargestellt am Beispiel dreier niedersächsischer Nahbereiche. Abhandlungen des Geographischen Instituts der Freien Universität Berlin, Bd. 42; Berlin.
- Brandes, Harald u.a. (1986):
Wege in die berufliche Bildung. Befragung von Lehrlingen in fünf Bundesländern 1983 und 1984. MittAB, Heft 1, S. 287-297.
- Dieckhoff, Klaus (1983):
Berufswahl, Ausbildungssituation und Berufsstartphase in strukturschwachen Regionen. Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Philipps-Universität Marburg (Hrsg.); Marburg.

- Dobberkau, Eckhard (1980):
Abwanderung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Richtung, Entfernung und Motivation. Hohenheimer Arbeiten, Schriftenreihe der Universität Hohenheim, Allgemeine Reihe, Heft 109; Stuttgart.
- Heinzmann, Ute; Heidemann, Claus (1985):
Umzugsverhalten der Bevölkerung in ausgewählten ländlichen Teilräumen am Beispiel der Region Neckar-Alb. Veröffentlichung Nr. 159 der Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen; Stuttgart.
- Herget, Hermann u.a. (1987):
Berufsausbildung abgeschlossen - was dann? Ergebnisse einer Längsschnittuntersuchung zum Übergang der Jugendlichen nach Abschluß einer betrieblichen Berufsausbildung in das Beschäftigungssystem. Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 85.
- Karr, Werner u.a. (1987):
Regionale Mobilität am Arbeitsmarkt. MittAB, Heft 2, S. 197-212.
- Kottwitz, Gisela; Vanberg, Monika (1971):
Ein Modell der Wanderungsentscheidung. Institut für Soziologie, Universität Berlin (Hrsg.), Arbeitshefte Nummer 4, Berlin.
- Langenheder, Werner (1968):
Ansatz zu einer allgemeinen Verhaltenstheorie in den Sozialwissenschaften. Dargestellt und überprüft an Ergebnissen empirischer Untersuchungen über Ursachen von Wanderungen. Köln/Opladen.
- Lee, Everett S. (1972):
A Theory of Migration. Deutsche Übersetzung in Széll, G. (Hrsg.): Regionale Mobilität, S. 117-129. München.
- Röder, Horst (1974):
Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen regionaler Mobilität - Ansätze zu ihrer theoretischen Erfassung. Universität Münster (Hrsg.), Beiträge zum Siedlungs- und zum Wohnungswesen, Bd. 16. Münster.
- Saterdag, Hermann (1982):
Die Bedeutung regionalstruktureller Rahmenbedingungen für die Ausbildungs- und Berufsentscheidung. BeitrAB 55, S. 1-75. Nürnberg.
- Stegmann, Heinz; Kraft, Hermine (1983):
Vom Ausbildungs- zum Arbeitsvertrag. Übernahmeangebot, beabsichtigter Betriebswechsel sowie tatsächliches Übergangsverhalten nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung. MittAB, Heft 3, S. 235-251.
- Wagner, Michael (1987):
Bildung und Migration. Raumforschung und Raumordnung, 45. Jg., Heft 3, S. 97-106.

Walla, Wolfgang (1982):

Wanderungseinflüsse in den verdichteten und ländlichen Räumen Baden-Württembergs in den letzten 20 Jahren - ein Überblick. In: Linke, W.; Schwarz, K. (Hrsg.): Aspekte der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, S. 183-213. Wiesbaden.

Wilhelm, Dieter u.a. (1984):

Wanderungsmotivuntersuchung in der Region Westmittelfranken. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Der ländliche Raum in Bayern. Fallstudien zur Entwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen, Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 156, S. 291-319. Hannover.

Autorenverzeichnis:

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Institut für Städtebau und Landesplanung
Universität Karlsruhe
Kaiserstraße 12
7500 Karlsruhe 1

Dipl.-Geograph Stefan Köhler
Institut für Städtebau und Landesplanung
Universität Karlsruhe
Kaiserstraße 12
7500 Karlsruhe 1

Norbert Kordey

Entfernungsabhängige Fernmeldegebühren und regionalspezifisches Kommunikationsverhalten

Gliederung	Seite
1. Einleitung	82
2. Gebührenregelung im Fernmeldewesen	83
3. Änderungsvorschläge und Gebührenstrategien	88
4. Telefonierverhalten von Unternehmen und Haushalten	92
5. Erstellung von Kommunikationsprofilen	95
6. Ergebnisse der Simulationsrechnungen	99
7. Raumordnungspolitische Bewertung der Gebührenstrategien	101
8. Abschließende Bemerkungen	103
Literaturverzeichnis	105